



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Jugendhilfeausschuss	03.04.2008	
Ausschuss Soziales und Senioren	10.04.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt

Nach Inkrafttreten des neuen Gewaltschutzgesetzes am 01.01.2002 wurden als Bindeglied zwischen Polizei, den bestehenden Beratungsstellen und -diensten, den Frauenhäusern, Notschlafstellen und Angeboten der Jugend- und Gefährdetenhilfe im September 2002 zwei Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt installiert. Eine Interventionsstelle wurde für den linksrheinischen Bereich durch den Sozialdienst Kath. Frauen und für den rechtsrheinischen Bereich durch die Diakonie Michaelshoven eingerichtet. Die Interventionsstellen werden auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses durch das Amt für Soziales und Senioren institutionell gefördert.

Nach dem Einsatz der Polizei, die den Betroffenen Flyer mit Adressen von Beratungsstellen und den Interventionsstellen überreicht, ist es deren Aufgabe in einem Erstkontakt den Beratungsbedarf festzustellen. Die Interventionsstellen stehen im Rahmen des „Netzwerkes gegen häusliche Gewalt“ in einer kontinuierlichen Kooperation mit den unterschiedlichen Institutionen, die sich zum Ziel gesetzt haben ein effektives Vorgehen im polizeilichen, strafrechtlichen, zivilrechtlichen sowie im sozialen Bereich zu erreichen und zu sichern.

Für die Auswertung 2007 fällt auf, dass die Zahl der männlichen Opfer gestiegen ist. Nach Ausführungen der Interventionsstellen lässt sich dies darauf zurückführen, dass es sich überwiegend um Opfer aus gleichgeschlechtlichen Beziehungen handelt, die sich nunmehr verstärkt trauen, die Beratung der Interventionsstellen in Anspruch zu nehmen. Auch die Gewalt der weiblichen Täter richtet hauptsächlich sich gegen die gleichgeschlechtliche Lebensgefährtin.

Die Statistik der Interventionsstellen für 2007 (s. Anlage) zeigt weiterhin, dass immer mehr Opfer die Beratungsstellen in Anspruch nehmen und damit die Einrichtung dieser Stellen richtig und notwendig war.

